

Presse-Information

Nr. 992

10. September 2010

Heute mit folgenden Themen:

- **ARCD warnt vor Abzocke bei der Luftverkehrssteuer**
- **EU-Kommission warnt vor Flügen mit ghanaischen Luftlinien**
- **Mehr Verkehrssicherheit durch Navigationsgeräte?**
- **Pro Mobilität: Fernstraßen droht der Verkehrskollaps**
- **Mitfahrvermittlung: Daimler startet eigenes Pilotprojekt**

ARCD warnt vor Abzocke bei der Luftverkehrssteuer

Bad Windsheim (ARCD) – Die Nebel über der von der Bundesregierung geplanten Luftverkehrsteuer lichten sich. Nach derzeitigem Stand wird der Aufschlag nach Entfernung gestaffelt und in drei Stufen pro Fluggast erhoben. Für Inlandsflüge und europäische Kurzstrecken wie nach Frankreich, Spanien oder Zypern sind es acht Euro. In Stufe zwei, die Mittelstreckenziele wie Ägypten oder die Vereinigten Arabischen Emirate erfasst, sind es 25 Euro. Für alle Flüge in weiter entfernte Ziele wie in die USA oder nach Thailand werden 45 Euro berechnet. Ausgenommen sind Fluggäste, die in Deutschland umsteigen und keinen längeren Zwischenstopp einlegen. Die Bundesregierung rechnet damit, dass die Fluggesellschaften die Zusatzsteuer voll an die Passagiere weitergeben werden. Vor allem Anbieter, die sich in einem harten Preiskampf befinden, werden sich das aber genau überlegen. Nach einem Bericht der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) wollen die Billigflieger Ryanair und Easyjet ihre Kunden nur zum Teil mit der Abgabe belasten. Die deutschen Fluglinien sind sich noch uneins, ab wann sie die Luftverkehrssteuer auf die Ticketpreise draufschlagen. Der Reiseveranstalter TUI kündigte bereits an, dass er seinen Kunden wegen des Aufwandes sogar höhere Aufschläge, als im Gesetzentwurf vorgesehen, berechnen will. Der ARCD warnt Airlines und Reiseveranstalter davor, die Luftverkehrssteuer als günstige Gelegenheit für eine zusätzliche Preiserhöhungsrunde zu nutzen. Nach Schätzungen der Branche werde Deutschland durch die Steuer allein fünf Millionen Passagiere verlieren, weil sie auf benachbarte ausländische Flughäfen ausweichen. Ob die Flugsteuer wie vorgesehen wirklich kommt, ist derzeit noch nicht absehbar. Ein im Auftrag des Landes Rheinland-Pfalz erstelltes Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die Luftverkehrsabgabe gegen das Grundgesetz und gegen europäisches Recht verstößt. Der ARCD fordert die Flug- und Reisebranche auf, die Aufschläge wegen der Luftverkehrsabgabe auf Tickets und Rechnungen gesondert auszuweisen und nicht im Tarif zu verstecken. Falls die Flugsteuer wegen verfassungsrechtlicher Bedenken doch noch kippt, hätten es die Flugkunden leichter, zu Unrecht bezahlte Beträge zurückzufordern. Außerdem fördere eine klare Trennung von Tarif und Aufschlägen die Preistransparenz in der Flugbranche. **ARCD**

Diese Meldung hat 2.385 Zeichen.



Presse-Information

EU-Kommission warnt vor Flügen mit ghanaischen Luftlinien

Bad Windsheim (ARCD) – Aufgrund schwer wiegender technischer Mängel hat die Europäische Kommission mit sofortiger Wirkung die ghanaischen Fluglinien Meridian Airways und Airlift International auf die „Schwarze Liste“ gesetzt. Flüge der betroffenen Flugunternehmen sind folglich im EU-Luftraum untersagt, von der Nutzung der Airlines ist auch außerhalb Europas abzuraten. Die Kommission begründet ihre Entscheidung mit negativen Inspektionsergebnissen, die nicht nur die Flugzeuge, sondern auch von den Luftfahrtunternehmen in der EU genutzte Einrichtungen betreffen. Im Fall von Airlift International wurde bei Inspektionen festgestellt, dass der Sicherheitsstandard weit unter dem durch internationale Normen vorgeschriebenen Niveau lag, so die Stellungnahme der Kommission. Die aktualisierte Liste von Flugunternehmen, für die in Europa Flugverbot gilt, findet sich unter http://ec.europa.eu/transport/air-ban/list_de.htm im Internet. **ARCD**

Diese Meldung hat 998 Zeichen.

Mehr Verkehrssicherheit durch Navigationsgeräte?

Bad Windsheim (ARCD) – Das niederländische Forschungsinstitut für Verkehrssicherheit SWOV stellt Navigationsgeräten grundsätzlich ein positives Zeugnis im Hinblick auf verbesserte Verkehrssicherheit aus. Nutzer setzen sich geringerem Orientierungsstress aus und können sich besser auf das unmittelbare Fahrgeschehen konzentrieren, lautet das Fazit. Allerdings dürften sich Fahrer von ihrem elektronischen Copiloten nicht ablenken lassen und müssten für ein regelmäßiges Update der Karten sorgen, um nicht in die Irre geleitet zu werden. Zu diesem Schluss kam das SWOV in einer bereits 2009 ausgeführten Literatur-Analyse zum Thema GPS und Verkehrssicherheit, wobei die Studie von konservativ geschätzten 20 Prozent Geräte-Nutzern unter den Pkw-Fahrern ausging. Laut aktuellen Daten des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien BITKOM hat sich dieser Wert mittlerweile mehr als verdoppelt. Allein die Verkürzung von Fahrzeit (– 18 Prozent) und Wegstrecke (– 16 Prozent) habe laut SWOV den Effekt, dass sich Fahrer mit Navigationssystem einem schon quantitativ geringeren Risiko auf der Straße aussetzen. Überdies sparten sie damit Sprit, verursachten weniger CO2-Emissionen und schonten ihre Reifen. Umfragen unter niederländischen Nutzern von Navigationsgeräten hätten gezeigt, dass 86 Prozent die Option „schnellste Route“ wählten und 60 Prozent davon überzeugt seien, dass sie sich besser auf das Verkehrsgeschehen konzentrieren könnten. Manuelle Nacheinstellungen während der Fahrt oder ein allzu häufiger Blick auf den Bildschirm können die genannten Sicherheitsvorteile jedoch zunichte machen, schränkt das SWOV ein. Ebenso sollten die verfügbaren GPS-Systeme in Zukunft verstärkt darauf ausgelegt werden, Autofahrer auf kürzestem Wege auf Hauptachsen zu führen. Dieser Empfehlung schließt sich der ARCD uneingeschränkt an. Denn wer im blinden Vertrauen auf sein Navigationsgerät dem Verkehrsstau ausweicht, vermehrt das Verkehrsaufkommen auf engeren Nebenstraßen mit dort höherem Unfallrisiko. **ARCD**

Diese Meldung hat 2.085 Zeichen



Presse-Information

Pro Mobilität: Fernstraßen droht der Verkehrskollaps

Bad Windsheim (ARCD) – Planungssicherheit bei den Zukunftsinvestitionen für die Fernstraßen forderte der Präsident des Infrastrukturverbandes Pro Mobilität von der Bundesregierung. „Wir leben bei den Autobahnen und Bundesstraßen von der Substanz“, sagte Dr. Peter Fischer bei einem Mediengespräch in Berlin. Er verlangte die Zweckbindung der Lkw-Maut für die Finanzierung der Fernstraßeninfrastruktur schon mit dem Bundeshaushalt 2011, der Mitte September im Bundestag beraten werden soll. Dieser sehe für die Verkehrswege 9,75 Milliarden Euro und für die Fernstraßen 4,88 Milliarden Euro vor. Der Verkehrsetat falle damit auf das Niveau von 2008 zurück und solle laut Finanzplanung bis 2014 nicht mehr steigen. Aber schon die bisherige Finanzierung habe zu einem erheblichen Investitionsstau geführt, kritisierte Fischer. Der Etatentwurf und die Finanzierung seien deshalb verkehrspolitisch eine „Kapitulation vor den haushaltspolitischen Zwängen“. Selbst im Krisenjahr 2009 habe es 10 000 Stau meldungen mehr als im Vorjahr und ca. 1000 Staukilometer pro Tag gegeben. Bis 2025 rechne die Bundesregierung allein im Straßengüterfernverkehr auf der Basis der Zahlen für 2004 mit einem Zuwachs von 84 Prozent. Mindestens 6,8 Milliarden Euro seien in den nächsten Jahren notwendig, um alle Brücken an den Fernstraßen zumindest in einen befriedigenden Bauwerkszustand zu versetzen. Fischer verwies darauf, dass die Preise im Straßenbau in den letzten beiden Jahren um 4,5 Prozent gestiegen sind. Seit 2005 seien es sogar 17 Prozent gewesen. Solche Kostensteigerungen führten zu einer Verteuerung beim Straßenbau, und dies bei sinkenden Etatansätzen. Der Verbandspräsident äußerte auch Vorbehalte gegen das Eisenbahngroßprojekt „Stuttgart 21“, das mindestens 4,1 Milliarden Euro verschlinge, für die es eine bessere Verwendung gebe. Fischer zeigte aber Sympathie für eine nutzerbezogene Finanzierung von Fernstraßen durch die Einführung einer Pkw-Maut. Allerdings rechne er in dieser Legislaturperiode nicht mehr damit. **ARCD**

Diese Meldung hat 2.079 Zeichen.

Mitfahrvermittlung: Daimler startet eigenes Pilotprojekt

Bad Windsheim (ARCD) – Mobil sein, ohne ein eigenes Auto zu nutzen: Unter diesem Leitgedanken startet die Daimler AG Mitte September in Ulm das Versuchsprojekt „car2gether“. Es soll als eine Art Mitfahrzentrale Anbieter und Nachfrager zusammenbringen. Und so soll es funktionieren: Anbieter und Interessenten müssen sich zunächst kostenlos auf einer Webseite registrieren und ein eigenes Profil anlegen. Auf der Suche nach einer Mitfahrgelegenheit gibt man dann über das Internet oder per Smartphone die gewünschte Startzeit und das Fahrtziel ein. In Echtzeit gibt das System die gerade zueinanderpassenden Fahrtangebote und Mitfahrwünsche auf dem Rechner oder Smartphone aus. Fahrer und Mitfahrer bestätigen online ihr gegenseitiges Interesse. Nach der Vereinbarung werden den beiden Teilnehmern die Fahrt details angezeigt. Zusätzlich können sich die Nutzer per SMS oder E-Mail benachrichtigen lassen. Mitfahrangebote und Nachfragen werden alle 15 Sekunden aktualisiert und erscheinen als Liveticker auch auf dem Webportal von car2gether. Der Kostenbeitrag für den Mitfahrer wird nach der kalkulierten Fahrtzeit im Minutentakt berechnet und beträgt 9,5 Cent pro Fahrtminute. Vorerst ist Barzahlung vorgesehen, zu einem späteren Zeitpunkt ist auch die bargeldlose Zahlung geplant. Sollte es an einer passenden Mitfahrgelegenheit fehlen, weist das System auf einen Taxiruf hin. Laut Daimler AG ist geplant, in einer späteren Stufe auch Haltestellen und



Presse-Information

Abfahrtzeiten des öffentlichen Personennahverkehrs anzuzeigen. Die Initiatoren gehen davon aus, dass in Ballungsräumen immer mehr Menschen ohne eigenes Fahrzeug leben werden. „Das Bedürfnis nach flexibler, komfortabler und günstiger Mobilität bleibt dennoch bestehen“, ist sich Projektleiter Michael Kuhn aber sicher. Schon seit einiger Zeit läuft in Ulm das Car-Sharing-Projekt „car2go“, mit dem Daimler einen weiteren Lösungsansatz für eine nachhaltige Mobilität testet. **ARCD**

Diese Meldung hat 1.986 Zeichen.

Über den ARCD

Der Auto- und Reiseclub Deutschland e.V. mit Sitz im fränkischen Bad Windsheim ist Deutschlands einziger Auto- und Reiseclub. Von hier aus betreut der ARCD seine rund 100.000 Mitglieder individuell und rund um die Uhr – mit eigener, permanent besetzter Notrufzentrale und 1.400 Pannenhelfern allein in Deutschland. Im europäischen Ausland arbeitet der ARCD mit den dort etablierten Assisteuren und Versicherern zusammen. Neben umfassenden Schutzbriefleistungen und der Unterstützung durch einen speziellen Clubhilfe-Fonds bietet der ARCD seinen Mitgliedern vielfältige und exklusive touristische Leistungen. Als Gründungsmitglied des 2007 aus der Taufe gehobenen Verbundes Europäischer Automobilclubs EAC engagiert sich der ARCD zudem aktiv in allen Fragen der Verkehrspolitik und Verkehrssicherheit im Sinne seiner Mitglieder. Diese informiert der Club mit der Zeitschrift „Auto&Reise“ unterhaltsam und kompetent über alles Wissenswerte rund um die Titelthemen des Magazins.

